

EntschlieBungsantrag

der Bundesräte Schimböck
und GenossInnen
betreffend Wirtschaftsstandort Österreich, Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe
(KMU) in den Regionen

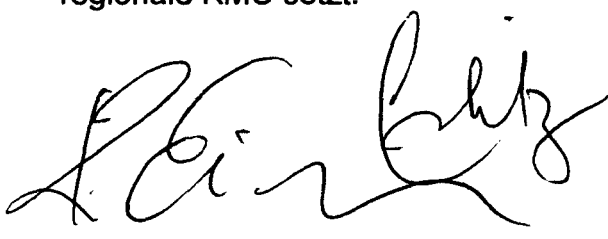
In der TV-Sendung „Niederösterreich Heute“ vom 26. Februar 2006 wird mit dem anschaulichen Beispiel des Beschaffungswesens in einem niederösterreichischen Bundesoberstufenrealgymnasium dargestellt, wie sich die Vergabe von Aufträgen durch die Vorgangsweise der Bundesbeschaffungs GmbH von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) zu Großunternehmen verlagert hat. Von der Präsidentin der Wirtschaftskammer Niederösterreich, Sonja Zwazl, wird in eben dieser TV-Sendung gleichfalls kritisch angemerkt, dass es Firmen mit 10 bis 20 MitarbeiterInnen nicht möglich ist, die von der BBG ausgeschriebenen Gesamtbeschaffungsaufträge abzuwickeln. Der Schaden für die KMU ist durch diese Vergabep Praxis evident. Hinzu kommt, dass durch diese Vorgangsweise auch Gemeinden und Länder animiert werden, gleichfalls von der lokalen Vergabe von Aufträgen und damit von der Sicherung der Existenz von Arbeitsplätzen abzugehen.

Die unterfertigten BundesrätInnen stellen daher folgenden

EntschlieBungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, zur Sicherung der Existenz von KMU einen entsprechenden Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, der bei der Beschaffung für Bundesdienststellen eine klare Priorität für die Vergabe der Aufträge an regionale KMU setzt.



Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuss

